

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 J., vierteljährlich 1.50 J.
pro anno, per post. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsfähig, kostet
monatlich 10 J., vierteljährlich 30 J.

Volkswacht

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
betragen für die Spalten
Beilagen oder deren Raum
15 J. für Einmalige,
Series- und Reklamations-
anzeigen 10 J.
Im reaktionslos! Preis
betragt die Seite 50 J.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vermittlungs 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Blatt-
stempelrolle unter Nr. 7206.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weizenfels-Zeitz,
Torgau-Liebtenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geisstraße 21, erster Hof pastorens rechts.
Telegraphen-Adresse: Volkswacht Halle/Saale.

Nr. 5.

Donnerstag den 7 Januar 1897.

8 Jahrg.

Zur Duellfrage.

Zur Duellfrage äußert sich der Leipziger Jurist, Professor
Dindig in einem lehrreichen, „Zweitampf und Ehren-
gericht“ überschriebenen Artikel der Deutschen Juristen Ztg.
u. a. folgendermaßen:

Wenn es wissenschaftlich unantastbar ist, daß die Ehre
durch die Beleidigung nicht verletzt wird, daß der Beleidigte
also einer Wiederherstellung derselben nicht bedarf und durch
den Kampf mit einem Menschen vielleicht sehr zweifelhaften
Wertes schlechterdings nicht erlangen kann, und wenn die
Nacht nicht geradezu zur Pflicht des Beleidigten gestempelt
werden soll, so darf eine Duellspflicht der Offiziere nicht
länger anerkannt werden. Die Aufhebung dieses Rechts
wäre der erste große, unendlich segensreiche Fortschritt auf
dem Boden des militärischen Ehrenrechtes. . . . Es wäre
eine große Ehre, wenn die Offiziere zur Unterlassung der
höflichsten Motive genügt, die einen Offizier zur Unterlassung
der Ablehnung einer Forderung bestimmen können. . . .
Was gibt es Schöneres, als die gefestigte Selbstachtung des
Beleidigten, der weiß, daß seine Ehre unzerstörbar ist, und
folglich verächtlich herabgesetzt auf den moralisch vielleicht tief
unter ihm Stehenden, der ihn zu bejäheln, vergeblich ver-
sucht hat? Und gehört nicht in einem nationalen Heere,
das nicht aus Söldnern geworden wird, deren Sold allein
den Mut bejähigt wird, das Leben des Kriegers allein
dem Staate, dem er es im ernstesten Augenblicke zu opfern
hat?

Der Offizier hat keine Ehre, die sich irgend von der
anderen Menschen unterscheidet. Nur legt ihm die Zugehörig-
keit zu einem Berufsstande genau wie allen andern Beamten,
zu denen er ja staatsrechtlich zweifellos gehört, außer den
allgemeinen Pflichten noch besondere Berufspflichten auf, und
seine Standes Ehre besteht darin, diese Pflichten neben
den anderen, aber nicht auf deren Kosten zu erfüllen. Aber
in einem Punkte separiert sich seine Stellung doch in etwas.
Er trägt die Waffe, steht geht er in Armsträßen, er ist der
angesehenste Repräsentant der Wehrfähigkeit und Unangreif-
barkeit des Staates. Es ist für die meisten Fälle eine ganz
richtige Empfindung, daß er die Beleidigung nicht auf sich
lassen lassen darf, sondern gegen sie vorgehen müsse — und
daraus nicht allein um seiner selbst willen. Ist ihr Ue-
ber ein anderer Offizier, so könnten jetzt die militärischen
Ehrengerichte ihre segensreiche Tätigkeit entfalten. Sie haben
zu prüfen und zu entscheiden, ob die Beleidigung wirklich oder
nur vermeintlich vorliegt, und was der Beleidigte zu thun
hat, um dem Beleidigten Genüge zu thun und seinen Ruf
zu reparieren. Dies Urteil dürfte nie direkt oder indirekt auf
Zweitampf lauten und seine Vollstreckung müßte als genügende
Satisfaktion für den Beleidigten gelten.

Tagesschau.

Dem „Weltfrieden“ und seiner Erhaltung haben
die Herren Diplomaten bei den wüthenden Reichstags-
Kundgebungen in den bekannten Präsenzenwendungen das
Wort geredet. Danach könnte man glauben, die europäischen
Mächte lebten miteinander in schönster Harmonie. Selbst
der Vertreter Russlands bei der französischen Regierung,
Baron v. Mohrenheim, hat vom „endgültigen De-
liegen der heiligen Sache des Friedens“ ge-
sprochen. Und der deutsche Vorkämpfer, Graf Münster, ver-
sicherte dem Präsidenten der französischen Republik, daß
Frankreich sich der Achtung und Sympathie aller Völker er-
freue, und daß insbesondere seinen frieblichen Be-
strebungen vollste Anerkennung zu teil würde.

Wie läßt sich diese Friedenslust vereinbaren mit der
Thatsache, daß die Militärkanten, vormalig Frankreich und
Deutschland, einen immer rapideren Wettstreit auf dem Ge-
biet der kriegerischen Rüstungen befechten? Neue
Militär- und Marine-Vorlagen stehen dem Reichstage bevor.
Und die Stimmmacht macht sie für dieselben viel eifriger
betrieben. So schreibt die Münchener Allgem. Ztg.: „Mit
eigentümlich militärischen, wenn nicht geradezu kriegeri-
schen Affecten tritt die Kulturwelt Mitteleuropas über
die Schwelle des neuen Jahres.“

Freilich, leider ist das der Fall und alle diplomatischen
Friedensversicherungen können nicht hinwegtäuschen über die
Thatsache, daß das Wort der Völker immer rückwärtslos
in Anknirsch genommen wird für die Zwecke des Krieges.

Der bewaffnete Friede. Die Staatskräfte des deut-
schen Heeres belaufen sich nach dem Militärstat für das
nächste Etatsjahr auf 23 088 Offiziere, 78 217 Unteroffiziere
(Zahlmeister, Aspiranten, Spielleute, Lazarettgehilfen und Son-
stige) und 479 229 Gemeine. In dieser Staatskräfte treten
noch 2107 Militärärzte, 1078 Zahlmeister, Militäramfleit-
impfanten, Werkstättenvorsteher bei der Luftschiffabteilung,
583 Hofräthe, 1045 Küchensmänner und Wassermesser, 93
Sattler. An Dienstperden würden nach dem Staatsvoran-

schlage 97 850 vorhanden sein. Alles in allem also ziem-
lich 600 000 Mann. — Heil!

Neues von der agrarischen Begehrlichkeit. Zur
Erhöhung der Fleischpreise hat der Bund der Landwirte in
einer Eingabe an den Reichskanzler die vollständige Sper-
rung der Grenzen, insbesondere gegen die Schlachttviehein-
fuhr aus Schweden und Norwegen, und eine sofortige zeitweilige
Sperre gegen die Rindvieheinfuhr aus Oestreich-Ungarn ver-
langt.

Auch die Rindererzählung wollen die Agrarier ver-
schlechtern. Die Nordd. Allg. Ztg. drückt eine Eingabe von
Interessenten ab, in welcher dieselben darauf hinweisen, daß
Amerika, nachdem es sich selbst durch einen Prohibitivzoll
gegen die Einfuhr ausländischer Milchzucker geschützt, mit
seiner Ueberproduktion auf dem deutschen Markt erscheint
und drei große amerikanische Milchzuckerfabriken durch ihre
Vertreter in Berlin und Hamburg den Milchzucker zu 110
bis 120 M. pro 100 Kilogramm anbieten. Es wird des-
halb verlangt, mit den Vertragsstaaten in Verhandlung zu
treten, um den Milchzucker mit einem Zoll zu belegen, der
den Zoll für echten Jucker von 40 M. pro 100 Kilogramm
mindestens gleichkommt. — Nur immer so weiter!

Es geht auch ohne Duell. Der stud. phil. B. Con-
rad in Freiburg i. Br. will als Einjähriger nicht besonders
gut behandelt worden sein. Nach seiner Dienstentlassung
belegnete er seinem früheren Hauptmann auf der Straße
und machte ihnen Unmut gegen denselben in derben Worten
Luft. Der Offizier stellte Strafantrag. Der Student wurde
vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.
Die Strafkammer hob das schöffengerichtliche Urteil auf und
erkannte auf 100 M. Geldstrafe. — Wird diesem Haupt-
mann der blaue Bozen zugehen?

Gegen den „Professoren-Sozialismus“ wenden
sich wieder einmal die Haarb. Radix. Sie sind ganz wüthend
darüber, daß Prof. Hans Delbrück in seinen Preussischen
Zugführern die Regierung aufzufordere, das Unternehmertum
nicht mehr zu unterstützen, den Arbeitern volle Vereinsfrei-
heit zu gewähren, der Ungnade des Herrn von Stumm zu
trogen und die Vorteile, welche die Sozialdemokratie davon
haben würde, ruhig in den Kauf zu nehmen; denn, Bildung
und Wissenschaft“ ständen auf Seiten der Arbeiter, nicht auf
der der Unternehmer. Das Bismarckblatt spricht Delbrück
als Sozialisten, als „Genossen“ an und schließt seine tollende
Standrede folgendermaßen: „Im übrigen liefert das Auf-
treten des Herrn Delbrück einen neuen Beweis, daß der
Professoren-Sozialismus notwendig zur Sozialdemokratie
führt und daß es im Interesse von Staat und Gesellschaft
erforderlich ist, der zunehmenden Verzerrung der aca-
demischen Jugend wie der Gelehrtenreihe durch die
sozialdemokratischen Ideen entgegenzutreten. Professoren, die
vom wirklichen Leben nichts wissen, in zweckmäßiger Weise
vorzubehalten.“ — Der arme Delbrück, jetzt sind er und seine
„doktrinären“ Kollegen geliefert! Aber einen blauen Schimmer
von Sozialismus hat und Herr Delbrücks literarische und
politische Thätigkeit auch nur einigermaßen verfolgt hat, muß
wissen, daß Hans Delbrück von der Sozialdemokratie eine
unüberwindbare Angst nennt. Freilich, von den Hamburger
Radix. Wissen und eifrige Kampfmittel fordern, wäre eine
unzerstörliche Radixität.

Gegen das Duell unter den Offizieren richtet sich eine
kaiserliche Kabinetsorder, die am Reichstag soll vollzogen
worden sein und gestern von der Köln. Ztg. veröffentlicht
worden ist. Es wird darin angedeutet, daß über jede Streitig-
keit zwischen Offizieren oder einem Offizier und einem
Zivilisten, die nicht auf der Stelle in Güte geregelt werden
kann, ein Ehrenrat zu bestanden hat. Der Antrag kann sich
nicht befriedigen. In England ist dem Duell der Offiziere
leider ein Ende dadurch gemacht worden, daß die Kriegs-
artikel den Passus entzogen: Jeder Offizier, welcher sich
duellirt, wird aus dem Heere entlassen.
Natürlich ohne Pension! Wenn eine solche Bestimmung
auch in Deutschland getroffen würde, dann würde sich so-
fort zeigen, daß der famose „Ehregeiz“ der Offiziere, der
für jede Lappalie eine Duellfeier verlangt, in den meisten
Fällen darin wurzelt, daß die Herren wissen, das Duell
schadet ihnen in der Karriere nichts. Würde das der Fall
sein, dann würde die „Schneidigkeit“ sehr schnell verschwin-
den. Die neue Kabinetsorder, die übrigens von der Köln.
Zeitung vorgezigt veröffentlicht zu sein scheint, wird nicht viel
nützen.

Ein neues Auswanderungsgesetz soll Ende Ja-
nuar dem Reichstage gehen. Es sollen darin die Vor-
schriften über die Anmeldeung der Auswanderer bei den
Behörden und die Bestimmungen über die Verpflichtung
der Abwandererpflichtigen über die Beförderung von Aus-
wanderern gemindert werden.

Freisinnigkeit. Die Frei. Ztg. erklärt ausdrücklich, daß
die ungeheuerlichen Artikelbeförderungen bewilligt werden
müßten, wenn Frankreich wirklich eine überlegene Kanone

besthe. Darüber besteht in der freisinnigen Partei keinerlei
Einmütigkeit.

Die Moral vom Prozeß Eckert-Bühow mit seinen
Erfüllungen über die Thaten der Polizeipolizei sieht in der
Reihen Zeit deren regelmäßiger Berliner Mitarbeiter in treff-
licher Weise, indem er am Schluß zweier längerer Artikel
reflexionreich schreibt:
„Da kommt nun, während das Verlangen nach neuen
Ausnahmengesetzen gegen die arbeitenden Klassen immer
brennender wird, der Prozeß Eckert-Bühow wie gerufen, um auch
dem ängstlichsten und ruhigsten Staatsbürger klar zu machen,
was es mit den Ausnahmengesetzen auf sich hat, die zur Sicherung
der heiligsten Güter geschaffen werden. Diese Sicherung besteht
darin, Freiheit und Leben derjenigen Klasse, ohne
welche die moderne bürgerliche Gesellschaft auch nicht
einen Tag bestehen kann, vogelfrei zu machen für die
infinnen Gefühle solcher Gallulen, wie Tausch einer ist. Das
Vertrauen der Politik, und was es noch begriffenmäßig sein sollte,
kann es ihm leicht klar gemacht werden. Deshalb ist es höchst
bedauerlich, daß die Verlagshandlung des Nordwärts die
Verträge über den Prozeß Eckert-Bühow nachlässig verbreitet.
Es ist ein Schlag, den die Freunde von Ausnahmengesetzen so
bald nicht und hoffentlich niemals erdulden werden.“

Nicht als ob die Sozialdemokratie ein neues Ausnahmengesetz
nicht überwinden würde, wie sie das alte Ausnahmengesetz über-
winden hat. So oder so wird sie mit der politischen Polizei
fertig, was keine andere Macht im Deutschen Reiche von sich
rühmen kann. Aber es ist ihr Interesse, den Kampf so zu führen,
daß er dem Feinde möglichst viele Wunden schlägt, ihr selbst mög-
lichst geringe Opfer kostet. Von einem gewissen Standpunkte aus
kann man sagen: je toller, je besser; ein neues Ausnahmengesetz
folgt dem Proletariat schwerer Opfer, befördert dadurch aber um
so stärker die revolutionäre Umwidlung. Da ist an sich richtig,
und wenn es zu einem neuen Sozialistengesetz kommen
sollte, so wird die Arbeiterklasse mit vollem
Nachdruck alle Konsequenzen dieser Auffassung
ziehen. Aber sich von vornherein auf diesen Standpunkt zu
stellen, ist niemals ihre Sache gewesen. Sie ist ihrer Zukunft in
einem Maße sicher, und es sind nicht sentimental-wohletliche, son-
dern praktisch-politische Gesichtspunkte, die ihr ge-
ben. Ihren Gegnern den Vorteil zu lassen, wenn es gilt, die
Dinge mit Gewalt auf die Spitze zu treiben. Erst unter dieser
Voraussetzung kann sie alle Vorteile ausnutzen, die ihr der Stand-
punkt des Je toller je besser bietet.

Agitatorische Auslegung des Prozeßes Eckert-
Bühow gegen ein neues Ausnahmengesetz. Das ist die
einige Moral von der Besichtigung. Die verschiedenen Sorten von
Moral, die die verschiedenen Schichten der herrschenden Klassen
daraus ziehen, sind der reine Auswuchs.

Ausland.

Oestreich. Die rechten Stadtväter der Gemeinde
Wien in ihrem antijewitisch verfaßten Stadtrat. Während
dieser Hunderttausende von Gulden für Jarehungung, Kirchen-
bauten zc. zum Fenster hinauswirft, hat er den Armen Wiens
ihre bisherige Wohlthätigkeit gestrichen und weiter be-
schlossen, künftighin die Verabreichung von Schulkosten an
arme Kinder auf das nächste zu beschränken, weil es
vorgekommen ist, daß auch einige weniger bedürftige Kinder
Schulkosten umloft erhalten haben. Die Kinder der
Armen oder ihrer Eltern werden in Zukunft wahrscheinlich
halb verhungert sein müssen, bevor sie einen Größel oder
Fehderl von der „Kommune Wien“ beanspruchen dürfen.
Solche Schädlichkeiten curierrt, bemerkt die W. Arbeiterztg.,
dazu, und solche tolle Verschwendung ständischer Ge-
dankenscharakterisiert mehr als alles die jetzigen Macht-
haber in der Kommune als eine brutale, volks- und bildungs-
feindliche, durch und durch verpörrichte Strebergesellschaft, die
mit Knäueln hausogenagt zu werden verdient. Um dem
„dümmen Kerl von Wien“ gehen die Augen noch nicht auf!

Frankreich. Obwohl die Sozialisten bei den Senats-
wahlen 3 Siege hatten bis jetzt 1 errungen haben, wird in
bürgerlichen Wählern von einer „Niederlage der Sozial-
demokratie“ gesehelt. Solche Niederlagen lassen wir uns
schon gefallen.

Frankreich. Bei den Ersatzwahlen zum Senat wurde
der Sozialistendirektor Couffaux nicht wiedergewählt. Im
übrigen blieb die Zusammensetzung des Senats unverändert.
Es wurden gewählt 64 Republikaner, 21 Radikale und 12
Konservative.

Spanien. Die Barceloner Anarchisten, die zum Teil
zum Tode verurteilt wurden, scheinen in der Untersuchungs-
haft thätigst gefoltert worden zu sein, denn die Ver-
urtheiler — 59 Offiziere der Barceloner Garnison, hätten
dies schon mit Rücksicht auf ihr militärisches Dienstverhältnis
nicht beauptet, wenn sie dafür nicht vollständige Beweise in
Händen gehabt hätten. Schuldige gab es unter den Ange-
klagten gewisslos, aber so mancher scheint bloß auf Grund
der infam erpressten Geständnisse verurteilt worden zu sein.

Bulgarien. Die Offiziere der Kriegs-Garde, welche im
August 1886 den Fürsten Alexander gefangen nahmen und
ihn entführten, sind mit Pension begnadigt worden. Das
ist ein neuer Sieg Russlands!

Rusa. Die wirtschaftliche Verwüstung Russlands infolge des
Kampfes zwischen dem Spanien und den Russländern wird
durch folgende Angaben deutlich veranschaulicht. Nach einem
Telegramm der Times wird der Gesamttertrag an Zucker

